

Firma Eu-Rec streitet Vorwürfe ab

TV vom 11.05.2015, Seite 9
Kommentar Seite 2

Anwalt des Recyclingunternehmens weist Überschreitung der Grenzwerte zurück - Anwohner fordern schnelle Lösung

Pfzeler Bürger leiden weiter unter dem Gestank, der seit Wochen wieder verstärkt durch den Ort zieht und für den die Firma Eu-Rec im Trierer Hafen verantwortlich gemacht wird. Zu der Anordnung der Struktur- und Genehmigungsdirektion (SGD) Nord nimmt die Recyclingfirma nun über ihren Anwalt Stellung. Von „blindem Aktionismus“ ist darin die Rede.

Von unserem Redaktionsmitglied
Jasmin Wagner

Trier-Pfalzel. Die Pfzeler Bürger haben sich im vergangenen Sommer das erste Mal über Gestank aus dem nahe liegenden Industriegebiet beschwert (der TV berichtete mehrfach). Daraufhin hat die SGD Nord erstmals Auflagen gemacht und Untersuchungen angeordnet. Im Winter hatte sich die Situation entspannt – zu-

mindest bis zum Frühjahr. Mit den ansteigenden Temperaturen kam der Gestank zurück.

Die SGD Nord reagierte und gab der Recyclingfirma Eu-Rec auf, eine Abluftreinigungsanlage zu installieren. Nun reagiert der Anwalt der Eu-Rec auf die Forderungen der Behörde: Die gesetzlich festgelegten Grenzwerte für Geruchsbelästigungen seien nicht überschritten worden, teilt der Anwalt der Eu-Rec in einem Schreiben, das dem TV vorliegt, mit. Die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord habe in ihrer Pressemitteilung Informationen unterschlagen. Die Feststellung der SGD, dass die gemessene Geruchsstoffkonzentration in der Abluft der Anlage mit 2000 Geruchseinheiten pro Kubikmeter den zulässigen Grenzwert übersteige, sei eine verkürzte Wiedergabe des tatsächlichen Erkennt-

nisstands. Die Firma Eu-Rec habe in der Tat auf Veranlassung der SGD zwei verschiedene Sachverständigenbüros mit zwei unterschiedlichen Umweltuntersuchungen beauftragt. Laut der Stellungnahme bezieht sich der erste Untersuchungsauftrag auf eine Emissionsmessung (siehe Extra). Diese erfasse demnach die Geruchsbelastung der Abluft, die direkt vom Kamin der Firma ausgehe.

Bei der zweiten Untersuchung habe es sich um eine Immissionsprognose gehandelt. Diese Untersuchung misst, ob die ausgestoßenen Geruchsstoffe in dem benachbarten Wohngebiet die dort zulässigen Grenzwerte überschreiten. Dabei sei herausgekommen, dass der für Wohngebiete geltende Immissionswert unterschritten werde.

In der Stellungnahme an die SGD Nord macht der Anwalt klar, dass die Überschreitung der Grenzwerte nach diesem Gutachten „nicht zu unzumutbaren Geruchsbelästigungen auf den Grundstücken im benachbarten Mischgebiet“ führt.

Das empfinden die Pfzeler Bürger anders. Heidi Nussbrücker, die in Sichtweite zur Firma wohnt, bestätigt, dass es in den vergangenen Wochen immer wieder übel gerochen habe: „Gerade an schönen Tagen stinkt es. Wir

hatten Besuch, der dann wieder gegangen ist.“

Der Anwalt der Eu-Rec geht in der Stellungnahme weiter: Die SGD Nord habe die Überschreitung der Emissionswerte dramatisiert. Außerdem sei das Verwaltungshandeln gegenüber der Eu-Rec und den Einwohnern nicht angemessen. Für die Situation der Bürger hätte es durch einen blinden Aktionismus gegenüber der Firma mit ebenso rigorosen wie rechtswidrigen Maßnahmen keine spürbare Verbesserung gegeben.

Trotzdem möchte die Firma Eu-Rec einen biologischen Abluftfilter einbauen. In diesen Biofilter soll die gesamte Abluft der Betriebshalle geleitet werden. Den Filter möchte die Eu-Rec zunächst testen. Außerdem fordert der Anwalt ein Gespräch mit der SGD Nord, das klären soll, wie die optimale Lösung aussehen kann.

Derweil machen sich die Pfzeler Sorgen. Sarah Lorenz, Mutter zweier Kinder, sagt: „Wir wissen nicht, ob der Gestank gesundheitsschädlich ist. Ich habe Angst, wenn die Kinder länger draußen spielen.“ Hans-Werner Adams empfindet den Gestank als Zumutung: „Das muss von behördlicher Seite geregelt werden.“

Sandra Hansen-Spurzem von der SGD Nord erklärt auf TV-Anfrage, die Behörde werde die Stel-

lungnahme der Eu-Rec „im Rahmen der beabsichtigten Anordnung auswerten“. In einer Woche könne die Öffentlichkeit über das Ergebnis informiert werden.

MEINUNG
JASMIN
WAGNER



Schnelle Lösung!

Während Eu-Rec und SGD Nord darüber streiten, wie genau der Gestank zu messen ist, leiden die Anwohner weiter. Fest steht, dass es eine Geruchsbelästigung gibt – ganz gleich, welcher Grenzwert aufgrund welcher Messart herangezogen wird.

Die Eu-Rec bestreitet, dass es durch ihre Anlage zu unzumutbaren Belästigungen kommt. Die SGD Nord muss die Notwendigkeit eines solchen Filters belegen und vertreten, sie hat ihn angeordnet.

Nur mit einer engen, schnellen und effektiven Zusammenarbeit zwischen der Landesbehörde und der Eu-Rec GmbH gibt es eine Chance, den Geruch abzustellen.

j.wagner@volksfreund.de

EXTRA IMMISSION UND EMISSION

Emissionen sind die von technischen Anlagen und Geräten ausgehenden Luftverunreinigungen, Geräusche, Licht und Wärme – das, was von einem Schornstein oder Auspuff ausgestoßen wird. **Immissionen** sind die auf den Mensch ein-

wirkenden Luftverunreinigungen, Geräusche, Licht und Wärme: die Stoffe, die vom Menschen eingeatmet werden oder zu Bodenverunreinigungen führen.

QUELLE: BETRIEBLICHER UMWELTSCHUTZ
BADEN-WÜRTTEMBERG

Kommentar des Bürgervereins Pfalzel

Diesen Beitrag könnte man seitenweise kommentieren. Aber in aller Kürze: Grenzwerte hin oder her, Pfalzeler Bürger haben Anspruch auf eine gestankfreie Umgebung. Und jahrelang war das auch trotz einer Firma Eu-Rec Realität. Seit 2013 (nicht erst seit dem letzten Jahr) ist das plötzlich anders.

Wenn das Unternehmen nun eine Biofilteranlage installieren wird, ob infolge einer Auflage oder auch einer besseren Einsicht, ist das sicher ein wichtiger Schritt zu normalen Verhältnissen. Warum also dieser Konflikt mit der SGD Nord trotz dieses guten Willens?

Der Anwalt der Firma liegt im Übrigen falsch, wenn er glaubt, dass in der Nachbarschaft ein Mischgebiet sei. Das wünscht sich mancher Hafenanrainer, Fakt ist aber, dass der Bereich Karolingerstraße / Rothildisstraße ein reines Wohngebiet ist.

Was die Immissionsprognose im Auftrag der Firma betrifft, so hätte man sich dieses Geld sparen oder besser für Schutzmaßnahmen reservieren können. Solche Prognosen sind meist das Papier nicht wert, auf dem sie verbreitet werden. Wir erinnern uns noch gut an das Genehmigungsverfahren des Trierer Stahlwerks, wo all diese Vorhersagen am Ende Makulatur waren. Nahezu jede Anlage war erheblich lauter als vorherberechnet. Und der Dioxinausstoß war 16-mal so hoch. Noch Fragen?

Nach den zuletzt mit Herrn Streit geführten Gesprächen kann ich nicht glauben, dass er ernsthaft annimmt, Pfalzel weiterhin belasten zu können, wenn das nur unter 10 % der Jahresstunden bleibt.

Nach unserem Eindruck hat sich die Firma in den zurückliegenden Monaten ernsthaft bemüht, die vorliegenden Probleme zu beseitigen. Eine tragfähige Lösung sollte nicht daran scheitern, dass die Aufsichtsbehörde – die zudem in hohem Maße Mitschuld an der aktuellen Lage trägt – und die Firma sich in langwierige Rechtsauseinandersetzungen verstricken. Damit ist Pfalzel kurzfristig nicht zu helfen.